

NÖxt Generation - ein Programm macht Zukunft

Kindergärten, Schulen & Chancengerechtigkeit

In rund 1.000 NÖ Landeskindergebäuden werden ca. 55.000 Kinder ab einem Alter von 2,5 Jahren betreut. Dazu kommen rund 40 Privatkindergebäuden.

Mehr als 200.000 Kinder und Jugendliche stehen nach den Sommerferien Jahr für Jahr vor den NÖ Schulleitenden. Das sind 200.000 Erwartungen, 200.000 individuelle Persönlichkeiten - vor allem aber 200.000 Chancen. Diese Mädchen und Buben werden an 1.200 Schulen unterschiedlichsten Typs in über 10.000 Klassen von rund 22.000 Lehrer_innen unterrichtet.

Im Rahmen der Kompetenzverteilung sind das Land und die Gemeinden für die allgemeinbildenden Pflichtschulen - rund 1.000 Volks-, Mittel- und Polytechnische Schulen – verantwortlich. Die Kindergebäuden liegen in Kompetenz von Land und Gemeinden.

Auch in den rund 60 allgemeinbildenden höheren Schulen, den über 130 berufsbildenden Schulen und den 112 berufsbildenden mittleren und höheren Schulen kann das Land im Rahmen der vom Bund zuerkannten Kompetenzen seinen Einfluss geltend machen.

Die duale Berufsausbildung verteilt sich in NÖ auf 23 Landesberufsschulen. Auch hier hat das Land weitreichende Einflussmöglichkeiten.

16 (Fach-)Hochschulstandorte (4 davon Privatuniversitäten) runden das Bildungsangebot in NÖ für unsere Jugend ab.

Die für jeden einzelnen jungen Menschen passende Bildung ist *der* zentrale Schlüssel für ein gutes, gelingendes, selbstbestimmtes Leben. Und Leben heißt Veränderung. Das Schulsystem ist jedoch in den vergangenen Jahrzehnten in vielen Bereichen stehen geblieben. Unsere Kinder lernen oftmals Inhalte von gestern in 50-Minuten-Einheiten getakteten Unterrichtsfächern.

Gerade die Erfahrungen der Pandemie-Monate haben eindringlich gezeigt, wie dringend das Schulsystem weiterentwickelt und unsere Kinder auf die Welt von morgen vorbereitet werden müssen.

Pädagog_innen-Mangel, das zunehmende Aufklaffen der Bildungsschere, fehlende Digitalisierung, keine individuelle Förderung, mangelnde Attraktivität der Mittelschulen und ein Imageproblem bei der Lehre sind nur einige der Herausforderungen.

Bildungspolitik wird in unserem Land immer noch durch ideologiegetriebene Partei- und Machtpolitik missbraucht mit dem Fokus auf dem Erhalt von alten Pfründen, anstatt die Talente und Zukunft unserer Kinder in den Mittelpunkt zu stellen. Die starren Strukturen und das Fehlen klarer Entwicklungsstrategien ergeben eine für unsere Kinder gefährliche Mischung, engagierte Pädagog_innen werden vom System zermürbt.

Der österreichische Bildungsföderalismus - die Zersplitterung der Zuständigkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden – und damit einhergehende intransparente Geldflüsse führen letzten Endes dazu, dass niemand die Verantwortung für die Missstände sowie die Initiative für echte Erneuerung übernehmen will.

Für Kindergebäuden, Pflichtschulen, landwirtschaftliche Schulen und Landesberufsschulen ist federführend das Land Niederösterreich zuständig. Hier könnte die Landespolitik viel bewegen.

**Wir NEOS wollen NÖ zum innovativen Bildungs-Vorzeigeland machen!
Wir wollen ALLEN Kinder die Flügel heben für ein Leben voll der Chancen!**

Kindergarten - der Grundstein für alles

In keiner Altersstufe können gute, aufmerksame Betreuung und gut ausgebildete Pädagog_innen mehr bewirken als im Kleinkindalter. Kindergärten sind die erste Bildungseinrichtung. Hier wird der Grundstein für das spätere Leben gelegt.

Echte Elementarpädagogik und gezielte Frühförderung für einen gelingenden Schuleintritt

So sieht es derzeit aus:

NÖ Kindergärten orientieren sich mehr am Betreuungs- denn am Bildungsauftrag. Für echte elementare Bildung sind die Gruppen mit bis zu 25 Kindern pro elementarpädagogische Fachkraft zu groß. Internationale Studien beziffern das optimale Betreuungsverhältnis mit 1:7. Der Kindergarten ist der Ort, um neben sozialem Verhalten auch spielerisch erste Grundlagen für die Schule zu lernen. Volksschullehrer_innen berichten im direkten Gespräch zunehmend darüber, dass viele Kinder für den Übertritt in die Volksschule nicht gut gerüstet sind.

Was wir wollen:

- Das Betreuungsverhältnis von pädagogischer Fachkraft zu Kind soll schrittweise an ein Verhältnis von 1:10 angepasst werden, damit echte Elementarpädagogik möglich ist.
- Wohldosierte, dem Alter und Entwicklungsstand des Kindes entsprechende Vorschularbeit, sowie
- Budgets für zusätzliche gezielte Förderprogramme (Logopädie, Motorik, Sprache) an allen Kindergärten, damit der Schuleintritt gut gelingen kann.
- Laufende Aus- und Weiterbildung der Elementarpädagog_innen orientiert an den neuesten didaktischen und pädagogischen Erkenntnissen und internationalen best practice-Beispielen.

Mehr Elementarpädagog_innen

So sieht es derzeit aus:

Es gibt einen gravierenden Mangel an qualifiziertem Personal. Die Ursachen dafür sind vielfältig: Nur wenige, die an der BAfEP ausgebildet werden, ergreifen den Beruf. Interessierten Quereinsteiger_innen aus verwandten Berufsfeldern wird der Übertritt sehr schwer gemacht. Die Ausbildung - vor allem der Stütz- und Hilfskräfte - ist österreichweit nicht harmonisiert, was bundesländerübergreifende Berufsausübung erschwert. Zudem sind wenige Männer in diesem Beruf und die Bezahlung der Elementarpädagog_innen hinkt vergleichbaren Berufsgruppen hinterher.

Was wir wollen:

- Die höchsten Übertrittsraten aus der Ausbildung in den Beruf gibt es an elementarpädagogischen Kollegs, weil man sich als Erwachsene_r - im Gegensatz zur BAfEP – bewusst für diese Ausbildung entscheidet – auch wesentlich mehr Männer. Daher soll an jedem BAfEP-Standort auch ein Kolleg eingerichtet werden.
- Das Land muss einen Kriterienkatalog für Quereinsteiger_innen aus verwandten Berufsfeldern (Sozialarbeit etc.) bereitstellen, der den Umschulungsweg klar darlegt. Für die Zeit der Umschulung müssen entsprechende Fördertöpfe für die Quereinsteiger_innen geschaffen werden, um interessierten Personen während der Ausbildung sozial abzusichern.
- Die Ausbildung von Stütz- und Hilfskräften soll österreichweit harmonisiert und nach einheitlichen Qualitäts- und Quantitätskriterien eingerichtet werden.

Vereinbarkeit Familie und Beruf - Echte Wahlfreiheit für die NÖ Frauen und Familien

So sieht es derzeit aus:

Kinderbetreuung bis 2,5 Jahren ist in NÖ privat organisiert. Hier mangelt es massiv an Betreuungsplätzen, die Kosten der Kinderbetreuung sind erheblich.

Bei den Öffnungszeiten und Schließtagen der Kindergärten hält NÖ einen negativen österreichischen Spitzenwert. Vielerorts entsprechen sie nicht der Lebens- und Arbeitsrealität von Frauen und Familien. Daraus ergeben sich auch langfristige gesellschaftspolitische Probleme die für Frauen in Teilzeitfalle, finanzieller Abhängigkeit und Altersarmut münden.

Was wir wollen:

- Einen Rechtsanspruch des Kindes auf einen qualitätvollen, leistbaren Kinderbetreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag.
- Öffnungs- und Ferienzeiten von Kinderbetreuungseinrichtungen und Kindergärten, die beiden Elternteilen eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglichen.

(Pflicht-)Schule - der Talente-Garten

Die für jedes Kind passende Ausbildung ist ein wesentlicher Schlüssel für ein gelingendes, selbstbestimmtes Leben. Die Talente und Chancen unserer Kinder müssen im Mittelpunkt stehen und nicht Parteipolitik oder die Verteidigung gewerkschaftlicher Pfründe. Wir wollen mehr Freiraum für NÖ Schulen anstatt der starren Strukturen und eine zeitgemäße, moderne Pädagogik und Didaktik für unsere Kinder.

Schulen und Unterricht für das 21. Jahrhundert

So sieht es derzeit aus:

In den Pflichtschulen fehlen weitgehend innovative Ansätze in der Ausbildung der 6 bis 14 Jährigen. Moderne oder alternative Unterrichtsformen, Schulen mit Ganztagesangebot und verschränktem Unterricht stehen in NÖ nicht flächendeckend zur Verfügung. Auch die Defizitorientierung des Unterrichts bremst die Chancen unserer Kinder.

Was wir wollen:

- Das Angebot an Schulen mit ganztägiger Schulform, sowie Schulen mit verschränktem Unterricht muss flächendeckend ausgebaut werden.
- In Pilotschulen werden neue pädagogische und didaktische Ansätze implementiert, zeitnah evaluiert und auf andere Schulen ausgerollt.

Freiraum für die Schulen

So sieht es derzeit aus:

Während in anderen europäischen Ländern bereits 2/3 aller schulischen Entscheidungen - Personal, Budget, Pädagogik - autonom am Schulstandort getroffen werden, sind NÖ Direktor_innen und Lehrkräfte in einem starren, zermürenden Rahmen von Vorgaben gefangen, was Initiative und Entwicklung ausbremst. Zudem sind sie mit wachsendem, oftmals sinnbefreitem administrativem Aufwand konfrontiert, anstatt sich ganz ihrer Bildungsaufgabe zu widmen.

Der Sprengelzwang engt Eltern und Schüler_innen bei der Wahl der Schule ein. Noch immer bestimmt der/die Bürgermeister_in in welche Volksschule unsere Kinder gehen dürfen.

Was wir wollen:

- Echte Schulautonomie für NÖ Pflichtschulen: Schulleitung, Lehrer_innenkollegium und Schulgemeinschaftsausschuss sollen selbst über Budget, Personal und pädagogisches Angebot bestimmen können.
- Eine zeitgemäße Management- und Führungsausbildung der Schulleitungen zur Bewältigung dieses „Changeprozesses“.
- In einem ersten Schritt soll echte Schulautonomie an ausgewählten Pilotschulen in jeder Bildungsregion auf freiwilliger Basis implementiert, Erkenntnisse daraus begleitet und evaluiert und dann auf alle NÖ Pflichtschulen ausgerollt werden.
- Abschaffung des Sprengelzwangs auch für die NÖ Volksschulen.

Parteilpolitik raus aus den Schulen

So sieht es derzeit aus:

Das Parteibuch ist das wichtigste Buch an NÖ Schulen. Parteilpolitik und die gewerkschaftliche Verteidigung alter Pfründe dominiert die NÖ Bildungslandschaft. So sind beispielsweise Frau LH Mikl-Leitner Präsidentin der Bildungsdirektion und Bildungslandesrätin Teschl-Hofmeister Obfrau des NÖAAB.

Regelmäßig mischt sich die Landespolitik in Personalfragen ein, bildungspolitische Maßnahmen sind oftmals ideologiegeleitet anstatt von internationalen best-practices oder neuesten pädagogischen Erkenntnissen.

Die Gemeinden sind als Schulerhalterinnen für die Ausstattung der Schulgebäude und die Bereitstellung von Unterstützungspersonal verantwortlich. Dadurch bestimmt die finanzielle Situation der Gemeinde zu einem wesentlichen Teil Angebot und Qualität.

Was wir wollen:

- Entkopplung von parteipolitischen Interessen und Einflussnahme durch ein Bündel von Transparenzmaßnahmen von Postenbesetzungen bis hin zur Budgetzuteilung. Als sichtbares Zeichen künftig die Schüler_innen in den Mittelpunkt zu stellen, verzichtet die Frau LH auf die Präsidentschaft der Bildungsdirektion.
- Für Besetzungen für Schulleitungen soll es wieder ein öffentliches Hearing unter Beiziehung aller im Landtag vertretenen Parteien geben. Bei der Auswahl der Kandidat_innen sollen auch Management- und Führungsqualitäten sowie die Vision für den Schulstandort relevant sein.
- Den einzelnen Schulstandorten sind nach einem transparenten Zuteilungsschlüssel nicht nur die Pädagog_innen sondern auch die administrativen Hilfskräfte zuzuordnen. Letztere sind aus dem Budget des Landes zu finanzieren, damit Gemeinden mehr in die Attraktivierung des Schulgebäudes investieren können.
- Bekenntnis zur Subjektförderung – d.h. das Budget pro Kind fließt direkt an jene Schule, die das Kind besucht sowie Einrichtung eines Chancen-Bonus für Schulen mit besonderen Herausforderungen - Schulen erhalten mehr Geld, wenn sie Kinder von Eltern mit geringem Ausbildungsstand aufnehmen

Schule macht Zukunft - Digitalisierung

So sieht es derzeit aus:

Die Corona-Krise hat gezeigt, dass NÖ Schulen nicht fit für digitalen Unterricht sind. Es fehlt die flächendeckende Anbindung der Schulstandorte an ein leistungsfähiges Internet ebenso wie eine gute digitale Ausstattung der Schulen und das entsprechende Know-How der Pädagog_innen für hybride Unterrichtsformen.

Für den Unterricht der Zukunft reicht es nicht, Schulbücher einfach durch Tablets zu ersetzen. Hier braucht es ganzheitliche Konzepte, denn die fortschreitende Digitalisierung der Welt ist

eine Tatsache. Unsere Kinder brauchen sowohl die technischen als auch die entsprechenden inhaltlichen Fähigkeiten – auch um Medien verantwortungsvoll zu nutzen.

Was wir wollen:

- Flächendeckende Anbindung der NÖ Pflichtschulen an ein leistungsfähiges Internet
- Ausstattung der Schulen mit entsprechender digitaler Infrastruktur nach dem Prinzip: ein Laptop mit Kamera für hybriden Unterricht in jedem Klassenzimmer und Ausstattung der Pädagog_innen mit Endgeräten.
- Unsere Kinder müssen frühzeitig die Nutzung digitaler Werkzeuge und neuer Medien erlernen. Neben altersentsprechenden Lehrinhalten wollen wir die Einführung von altersadäquatem hybridem Unterricht, einen Fokus auf Medienkompetenz sowie die Einführung von modernen Konzepten bei Prüfungen wie z.B. „Open Book Tests“ oder den Einsatz internetfähiger Endgeräte.
- Die Lehrer_innen müssen durch fortlaufende entsprechende Aus- und Weiterbildungsangebote „digifit“ gemacht machen.

Jedem Kind die Flügel heben

So sieht es derzeit aus:

Förderangebote an den Schulen sind rar. Dem Land gelingt es nicht, alle zur Verfügung stehenden Gelder vom Bund abzurufen, den Schulleitungen gelingt es nicht, entsprechende Fördermittel für ihren Standort zu lukrieren und in einem differenzierten Fördersystem die Schüler_innen zu unterstützen. Gleichzeitig gibt es keine Strategie für die Förderung besonderer Begabungen. Ein logopädisches oder lerntherapeutisches Angebot fehlt an den Schulen gänzlich. Kinder mit nicht-deutscher Erstsprache haben gravierende Startnachteile für die weitere erfolgreiche schulische Laufbahn.

Was wir wollen:

- Eine massive Aufstockung des Förderbudgets, das Schulen auf Basis der Schüler_innenzahlen abrufen und individuell je nach Bedarf einsetzen können. Schulen mit besonderen Herausforderungen sind entsprechend besser budgetär auszustatten. Das Ziel ist, dass kein Kind in den Pflichtschulen weitere außerschulische Nachhilfe benötigt.
- Eine Sommerschule, die diesen Namen auch verdient mit einem verschränkten Lern- und Freizeitangebot. Dies ist auch eine Chance für wertvolle Praxis für Lehramtsstudierende, die neben ECTS-Punkten auch eine finanzielle Entschädigung – angelehnt an die Entschädigung im Zivildienst - erhalten sollen.
- Innovationen im Bildungsbereich sowie unterstützende Angebote werden derzeit stark von externen Vereinen, die in die Schulen kommen, getragen. Diese Möglichkeiten sollen für alle Schulen zur Verfügung stehen. Dazu braucht es eine entsprechende Qualitätszertifizierung ebenso wie zusätzliche Budget-Töpfe.
- Die Deutschklassen haben sich nicht bewährt und sind in ihrer aktuellen Form abzuschaffen. Kinder mit nicht-deutscher Erstsprache sollen sich in einen Klassenverband integrieren können und durch ein zusätzliches Deutschangebot unterstützt werden.

Schule ist mehr als nur Lernen. Schule ist ein sozialer Lebensort.

So sieht es derzeit aus:

Zeitgemäße Schule muss mehr können als Wissen zu vermitteln. Schule ist auch ein Ort der Begegnung, des sozialen Austauschs und nicht zuletzt ein prägender Lebensabschnitt. Seit Maria Theresia hat sich unsere Welt verändert – die oftmals an die damalige Zeit angelehnten

kasernenartigen Schulgebäude vermitteln jedoch ein anderes Bild. Das trägt unseren sozialen und gesellschaftlichen Herausforderungen nicht Rechnung.

Die Krise hat unseren Kindern viel abverlangt und tiefe Narben, was die psychische Gesundheit angeht, hinterlassen. In Niederösterreich kümmern sich derzeit 32,5 (Vollbeschäftigtenäquivalente) Schulpsycholog_innen um rund 200.000 Schüler_innen - das heißt auf eine psychologische Fachkraft entfallen über 6000 (!) Schüler_innen. Das ist zu viel.

Was wir wollen:

- Schule als der Ort, an den Kinder und Jugendliche gerne kommen, das ist für uns NEOS die „coole Schule“ – durch Gebäudebegrünungen innen und außen, Luftaufbereitung und attraktive Lern- und Freizeiträume wird eine lernfreundliche Umgebung geschaffen. Die entsprechenden Rahmenvorgaben für Um,- Zu,- und Neubau der Schulgebäude sind vom Land vorzugeben.
- Die tägliche Turnstunde ist nicht nur lern- und gemeinschaftsfördernd, sondern auch gesund.
- Mittel- und langfristig braucht es an jedem Standort eine_n Schulpsycholog_in, der/die sich, flankiert von geschulten Vertrauenslehrer_innen, um die psychische Gesundheit NÖ Schüler_innen kümmert.

Elementarpädagog_innen, Lehrer_innen & Co - die Talente-Gärtner_innen

Internationale Studien zeigen: Entscheidend für die Qualität der Bildung sind die Lehrer_innen. Wenn Pädagog_innen ihren Job gut machen können, ist das der wichtigste Hebel für eine gute Zukunft unserer Kinder.

Der wichtigste Beruf in diesem Land

So sieht es derzeit aus:

Das Ansehen von Pädagog_innen – insbesondere im Elementarbereich – entspricht nicht der immensen gesellschaftlichen Bedeutung dieser Aufgabe, die starren Strukturen zermürben pädagogisches Engagement innerhalb kürzester Zeit. Gerade junge Lehrer_innen sind voller neuer Ideen. Das enge Korsett, innerhalb dessen sie ihren Beruf ausüben müssen, lässt sie nur wenige dieser Ideen umsetzen. Hinzu kommen administrative Hürden, die Lehrer_innen in der Konzentration auf das, was für alle Lehrer_innen die oberste Maxime sein sollte, hemmen: Das Heben und Fördern von Talenten.

Was wir wollen:

- Wir wollen die dafür bestgeeigneten Personen in pädagogischen Berufen. Dies erfordert ein ständiges, strukturiertes Feedbacksystem schon während der laufenden Ausbildung. Dies ermöglicht bereits in der Ausbildung einen klaren Blick auf den Beruf.
- Das System muss durchlässiger für Quereinsteiger_innen in einen pädagogischen Beruf werden und diese gezielt hereinholen.
- Ausbildungsziele für Teilbereiche der Elementarpädagogik (Pädagog_innen, Unterstützungspersonal, Helfer_innen) muss österreichweit nach einheitlichen Qualitätskriterien geregelt werden.
- Die Unterrichtsgestaltung muss sich an der Erreichung von Lernzielen orientieren. Der Weg dorthin soll den Lehrer_innen jedoch weitgehend freigestellt sein. So können neue Konzepte und Ideen in den Unterricht einfließen.
- Die Schulleiter_innen sind gut ausgebildete Mannschaftskapitäne: moderne Manager_innen mit Teamführungsqualitäten und mit Visionsfähigkeit in der Verantwortung, die den

Schulstandort weiterzuentwickeln und den Erfahrungsaustausch und die Zusammenarbeit in Lehrer_innenteams aktiv fördern.

Aus- und Weiterbildung der Pädagog_innen

So sieht es derzeit aus:

Die Auswirkungen der Covid-19 Pandemie haben die Schwächen bei der Einbindung neuer Technologien in den Unterricht aufgezeigt. Viele Lehrer_innen waren bei der Implementierung hybrider Unterrichtsformen überfordert. Das Fehlen konkreter Vorgaben und Maßnahmen seitens der Bildungsdirektion hat diese Situation noch zusätzlich verschärft. Um unsere Kinder auf die Herausforderungen der Zukunft gut vorbereiten zu können, müssen sich auch unsere Pädagog_innen laufend weiterbilden – in der Digitalisierung ebenso wie in Fragen der Pädagogik und Didaktik sowie durch die Vermittlung von best practices

Was wir wollen:

- Die NÖ Bildungsdirektion muss die Herausforderung der Digitalisierung mit einem entsprechenden Aus- und Weiterbildungsprogramm für NÖ Pädagog_innen verstärkt begleiten, wobei hybrider Unterricht, Distance-Teaching und Einbeziehung neuer Medien in den Unterricht Pflichtmodule darstellen sollten. Unterrichtsmaterialien sind entsprechend digital aufzubereiten und in den Regelunterricht einzubauen,
- Damit Pädagog_innen sich umfassend weiterbilden können, braucht es von der NÖ Bildungsdirektion ein Angebot, das weit über das aktuelle, sich ständig wiederholende Standardangebot hinausgeht. Derzeit sind interessierte Lehrer_innen gezwungen auf privat angebotene Weiterbildungsformate zurückzugreifen. Die Bildungsdirektion muss daher, in jährlich neu zu entwickelnden Schwerpunkten dafür sorgen, dass Pädagog_innen in ihrer persönlichen Weiterentwicklung, neben didaktischen und kommunikativen Aspekten auch jene Soft Skills vermittelt bekommen, die einem modernen Unterricht gerecht werden.

Zeitgemäße Pädagogik und strukturiertes, verpflichtendes Lehrer_innen-Feedback

So sieht es derzeit aus:

Ob in einer Schule auf Basis der neuesten pädagogischen Erkenntnisse und auf vielfältige Weise unterrichtet wird, hängt in erster Linie vom Engagement der Lehrer_innen selbst ab. Von der Politik werden diese weitgehend allein gelassen. Das gilt auch für das Mitteilen von persönlichem Feedback, denn die Kinder werden auch heute noch meist in einem starren Ziffernsystem von 1 bis 5 benotet.

Das Qualitätsmanagement wird von Personen durchgeführt, die vom Unterricht nicht direkt betroffen sind: Schulleitungen und Organe der Bildungsdirektion erfüllen diese Aufgabe, Schüler_innen sind in diesen Feedbackprozess nur im Einzelfall eingebunden. All das widerspricht den Grundsätzen einer lernenden Organisation.

Was wir wollen:

- Unterricht muss, weg vom Frontalunterricht, reflexiv gestaltet sein - es zählt weniger was der/die Lehrer_in sagt, sondern was Schüler_innen verstanden haben. Projektbezogenes und fächerübergreifendes Lernen, sowie das eigenständige Erarbeiten von Themenfeldern runden eine zeitgemäße Pädagogik ab.
- Die Qualität des Lehrens und Lernens soll systematisiert werden durch regelmäßiges Feedback innerhalb aller und zwischen allen Gruppen der Schulgemeinschaft. Die Bildungsdirektion versteht sich als Qualitätssicherungsagentur, hilft bei Verbesserungsschritten und vernetzt Schulen.

NÖ-Mittelschulen - die regionalen Bildungsmagneten

Das Land hat im Bereich der Mittelschulen umfassende Kompetenzen. Dies ist eine große Chance diesen Schultyp zu einem echten Talentgarten, basierend auf den vielen individuellen Stärken und Interessen unserer Kinder, weiterzuentwickeln. Wir wollen diesen Schatz heben und NÖ zu einem Vorzeigebildungsland der mittleren Reife machen.

So sieht es derzeit aus:

Mittelschulen werden vor allem im städtischen Raum oftmals als Schule zweiter Wahl gesehen. Der Andrang aufs Gymnasium ist ungebrochen – ungeachtet, ob es der richtige Schultyp für das Kind ist oder nicht. Bereits mit 8-9 Jahren werden unsere Kinder mit der ersten folgenschweren Entscheidung ihrer Bildungslaufbahn konfrontiert. Dieser sehr frühe Druck in der dritten bzw. vierten Klasse Volksschule wird den unterschiedlichen Entwicklungsgeschwindigkeiten junger Menschen keinesfalls gerecht.

Die NÖ-Mittelschule ist daher ganz besonders gefordert durch hervorragende Angebote als echte Alternative zu den Gymnasien zu reüssieren. Mit der Etablierung verschiedener Schwerpunkte und der Abschaffung des Sprengelzwangs wurde hier ein erster kleiner Schritt gesetzt. Doch der geht uns NEOS nicht weit genug. Wir sehen in der zukunftsweisen Entwicklung der MS großes Potential für die vielfältigen Chancen unserer Kinder.

Was wir wollen:

- Zahlreiche, vielfältige Unterrichtsschwerpunkte sollen unsere Kinder mit Ihren vielfältigen Interessen und Talenten ein den individuellen Neigungen entsprechendes vielseitiges Angebot bieten. Zu den bestehenden Schwerpunkten müssen Schulstandorte die Möglichkeit haben unbürokratisch neue Schwerpunkte zu implementieren, wie beispielsweise IT, Umwelt- und Klimaschutz, Mechatronik und Kommunikationstechnologie. Handwerkliche Schwerpunkte, Tourismus, ein kaufmännischer Schwerpunkt oder Design u.v.m. würden unseren Kindern einen bunten Strauß an Chancen mitgeben.
- Die Bildungsdirektion hat dabei dafür Sorge zu tragen, dass flächendeckend ein derart vielseitiges Angebot zur Verfügung steht, dass dieses laufend evaluiert und gemeinsam mit den Schulen weiterentwickelt wird.
- Zudem müssen die Mittelschulen verstärkt mit regionalen Betrieben kooperieren um aus solcher Zusammenarbeit die bestmögliche Synergie für Schüler_innen, Lehrer_innen und Betriebe erzielen zu können. Dazu werden Schul- bzw. Lehrbotschafte_innen der regionalen Betriebe gezielt in die Schulen eingeladen um konkrete Berufsmöglichkeiten vorzustellen.
- Mittelschulen, die aufgrund ihrer Spezialisierung absolute Alleinstellungsmerkmale haben, sind - um möglichst vielen interessierten Schüler_innen den Schulbesuch zu ermöglichen - als Internat anzubieten.
- Zusätzlich zu den Schwerpunkten müssen Kinder, die die Mittelschule absolviert haben, die Grunddisziplinen Deutsch, Mathematik und Englisch derart beherrschen, dass sie entweder Richtung Lehre oder in eine weiterführende Schule abzweigen können. Dazu braucht es zusätzliche Geldmittel damit zusätzliche Förderstunden in ausreichendem Maß angeboten werden können.
- Die Pädagog_innen an den Mittelschulen sollten sich vollkommene auf ihre pädagogische Aufgabe konzentrieren können. Dazu braucht es Unterstützung von Sozialarbeiter_innen, Streetworker_innen und auch Psycholog_innen.
- Um den Eintritt in einen Lehrberuf gut zu begleiten, braucht es im jeweiligen Schwerpunktbereich verstärkte Berufsorientierung und Praxiserfahrung ab der 3. Klasse.
- Zudem sollen Pilotschulen mit dem Ziel „mittlere Reife“ eingerichtet werden, die in 5jähriger Form bis zum Ende der Schulpflicht dauern und im letzten Jahr die Jugendlichen auf unterschiedliche Lehrberufe vorbereiten.

Die Lehre als Chancen-Turbo – egal ob mit oder ohne Matura

Die Entscheidung für eine Lehre ist nicht nur die Chance für unsere Kinder, sich ihren Fähigkeiten und Interessen entsprechend beruflich zu entwickeln, Karriere mit Lehre öffnet die Tür, sich als eigene/r Chef_in unternehmerisch zu entfalten.

So sieht es derzeit aus:

Die Lehre hat ein Imageproblem. Trotz vielfältiger beruflicher Chancen, suchen unsere Betriebe händeringend nach Fachpersonal und immer weniger junge Menschen wählen diesen Ausbildungsweg. Rund ¼ der Lehrverhältnisse wird im ersten Lehrjahr wieder aufgelöst – zu einem großen Teil, weil sich die jungen Menschen kein Bild vom gewählten Berufsfeld machen haben können. Das fehlende Wissen über die Vielfalt an Lehrberufen, sowie über die Entwicklungschancen nach der Lehrabschlussprüfung hemmt viele eine Lehre anzutreten.

Was wir wollen:

- Die Lehre ist eine hochwertige Berufsausbildung für junge Menschen, bietet hervorragende Zukunftschancen und ist das Kernelement für einen florierenden Wirtschaftsstandort. Land NÖ, WK und AK sollen dies in einer breit angelegten Imagekampagne bewusst machen.
- Lehre als Chance muss als Themenschwerpunkt umfassenden in die Mittelschulen einziehen – von Information bis hin zur Praxiserfahrung.
- Mittelschulen und lokale Betriebe brauchen die Möglichkeit sich zu vernetzen – von Exkursionen, bis hin zu Fachvorträgen an den Schulen und regionalen Lehrlingsmessen.
- Die Lehrausbildung selbst muss reformiert und laufend an die sich ständig verändernden beruflichen Herausforderungen angepasst werden. Durch ein Modulsystem wird der Umstieg in einen anderen Lehrberuf erleichtert und die Lehrlinge sind nicht mehr über Wochen hinweg nicht im Betrieb, was eine kontinuierlichere Praxisausbildung und Bindung an den Betrieb ermöglicht.
- Die Meisterkurse müssen einer universitären Ausbildung finanziell gleichgestellt sein und daher aus öffentlichen Mitteln finanziert werden.
- Die Lehre soll „anschlussfähig“ sein. Es muss nicht nur leichter möglich sein, durch das Nachholen einzelner Module in einen anderen Beruf umzusteigen, sondern auch ein Studium zu beginnen. Dazu muss das Modell „Lehre mit Matura“ bekannter gemacht werden. Wer Lehrabschlussprüfung, Matura und Meisterprüfung erfolgreich absolviert hat, soll außerdem einen Bachelortitel verliehen bekommen, vorausgesetzt der Umfang der Ausbildung und der anrechenbaren Berufspraxis erlauben dies nach dem Bologna-Prozess.

Kolleg, Fachschule & Co. – Leben ist Lernen

Kontinuierliche Aus- und Weiterbildung sind der Garanten für eine chancenreiche Berufslaufbahn bis ins hohe Alter. Die bekannte Phrase „jemand habe ausgelernt“ spiegelt nicht mehr die Realitäten der modernen Erwerbswelt wider.

So sieht es derzeit aus:

Lernen, um den Anforderungen des modernen Arbeitsmarktes zu entsprechen endet nicht mit der Pflichtschulzeit oder dem Lehrabschluss, nicht mit der Matura oder mit dem Abschluss eines Studiums. In NÖ gibt es Möglichkeiten, sich als Erwachsene_r weiterzubilden. NÖ ist im tertiären Sektor sehr gut ausgestattet. Zahlreichen Fachhochschulen und

Privatuniversitäten bieten eine beachtliche Vielfalt tertiärer Ausbildungsmöglichkeiten(.) darüber hinaus verfügt Niederösterreich mit der Donau-Universität Krems über die einzige, auf Weiterbildung spezialisierte, Universität im deutschsprachigen Raum. Darum pendeln viele Studierende in unser Bundesland ein, bleiben nach Beendigung ihres Studiums jedoch nicht hier. Hier gilt es Maßnahmen zu setzen, damit NÖ dieses Potential erhalten bleibt. Der Bereich der Erwachsenenbildung wiederum ist stark parteipolitisch vereinnahmt, wodurch das Angebot in seiner Entfaltung gehemmt ist. Die arbeitsmarktpolitischen Veränderungen und somit einhergehende Notwendigkeit permanenter Aus- und Weiterbildung ist noch nicht ausreichend im Bewusstsein der Bevölkerung verankert.

Was wir wollen:

- Die Möglichkeiten persönlicher Ausbildung und Weiterentwicklung muss in den Fokus der öffentlichen Diskussion rücken – nicht erst dann, wenn Arbeitslosigkeit droht. Dazu braucht es ein Chancenkonto für jede/n Arbeitnehmer_in: Das Land NÖ stellt allen Arbeitnehmer_innen nach Ausbildung gestaffelt ein Startkapital zur Verfügung. Auf dieses Konto kann jede und jeder persönlich einzahlen, ebenso der/die Arbeitgeber_in. Diese Einzahlungen werden vom Land ebenfalls bezuschusst. So können bis zu 5000 Euro in 5 Jahren angespart werden. In einer Datenbank kann sich jede/r Arbeitnehmer_in persönlich anschauen, wie viel Geld auf seinem/ihrem Chancenkonto liegen, welche zertifizierten Weiterbildungsmaßnahmen angeboten werden und diese auch gleich buchen.
- Kollegs, Fachhochschulen aber auch andere Erwachsenenbildungseinrichtungen werden verstärkt mit niederösterreichischen Unternehmen vernetzt. Durch Informationsaustausch und Networking-Veranstaltungen wird ein Beitrag geleistet, die Brain-Power im Land zu halten.
- Stipendien und Studienkredite des Landes werden, wenn man sich für eine zeitlich begrenzte Erwerbstätigkeit im Bundesland nach Abschluss entschließt, entsprechend günstiger für die Leistungsempfänger_innen gestaltet. Dadurch wird Brain-Drain in andere Bundesländer verringert.

Und unser letzter aber umso wichtigerer Punkt:

Die Interessen der Kinder und Jugendlichen müssen nicht nur gehört, sondern auch berücksichtigt werden.

- Wir wollen daher im NÖ Landtag ein Kinder- und Jugendparlament gesetzlich verankern. Dieses wird mit eigenem Budget und einer entsprechenden Geschäftsordnung ausgestattet und soll einmal jährlich tagen. Einstimmige Beschlüsse des Kinder- und Jugendparlaments sind verpflichtend in den entsprechenden Ausschüssen des NÖ Landtages zu behandeln, wobei den Kindern und Jugendlichen auf deren ausdrücklichen Wunsch die Gelegenheit gegeben werden soll, ihr Anliegen persönlich dem Ausschuss vorzutragen.

Unternehmertum & Arbeitsplätze

Unser Land hat als Wirtschaftsstandort in den letzten Jahren an Attraktivität verloren. Die Steuer- und Abgabenquote ist im europäischen Vergleich unverhältnismäßig hoch, der Zugang zu Kapital schwierig und die Bürokratie belastet das Unternehmertum massiv. Zwangsgliedschaften hemmen die unternehmerische Entfaltung.

Nur wenn der Unternehmergeist sich wieder frei entfalten kann, kann unser Land ein attraktiver Arbeits- und Wirtschaftsstandort für alle sein, um international konkurrenzfähig zu bleiben braucht es neben Entlastung auch einen Innovationsturbo. Wir brauchen ein attraktives Umfeld für all jene, die bereits hier leben und für jene, die wir anziehen wollen – innovative Start-ups, internationale Wissenschaftlerinnen und Facharbeiter_innen. Gerade der Mangel an Letzteren wird zur zunehmenden Wachstumsbremse für unsere Unternehmen. Kleine und mittlere Betriebe bilden das Rückgrat unseres Landes. Gemeinsam mit ihren Mitarbeiter_innen sind sie die essentielle Basis für unseren Wohlstand. Sie sollen befreit von bürokratischen Hürden und einem undurchsichtigen Steuer- und Abgabenschwungel mit voller Kraft ihrer unternehmerischen Aufgabe nachgehen können. Ebenso die fast 70.000 EPUs in NÖ, die in großer Eigenverantwortung ihren wertvollen Beitrag für ein unternehmerisches NÖ leisten.

Wir wollen, dass der Unternehmergeist in NÖ aufblühen kann und sich eine Gründer- und Start-up-Welle entflammen kann – denn gerade in den Herausforderungen der Zukunft sehen wir eine große Chance für neue Ideen, florierende Unternehmen und zukunftsfähige Arbeitsplätze.

Gründertum entflammen

Arbeitsplätze entstehen durch Initiative einzelner Menschen oder Unternehmer_innen, die Ideen haben und bereit sind ein Risiko zu nehmen. Davon wollen wir viele!

So sieht es derzeit aus:

Gründen wird in NÖ nicht leicht gemacht. Es ist ein Spießrutenlauf durch überbordende Bürokratie, intransparente Förderlandschaft und veraltete Gewerbeordnung - oftmals teuer, zeit- und kräfteraubend. Die Wirtschaftskammer ist dabei eher Hemmschuh als Hilfe. Zudem gibt es für neugegründete Unternehmen keine unmittelbare Möglichkeit an öffentlichen Aufträgen zu partizipieren.

Was wir wollen:

- Gründung einer Gesellschaft muss einfach und rasch möglich sein. Wir wollen einen One-Stop-Shop für alle Genehmigungen, Gewerbeberechtigung(en), UID-Nummer, Sozialversicherung und Firmenbucheintragung.
- Dafür muss sich die WKNÖ zu einer echten Service- und Beratungs-Stelle für alle Gründer_innen und EPUs weiterentwickeln, mit umfassender Expertise im Unternehmensaufbau, in rechtlichen Fragen und in Fragen von Finanzierung und Förderungen.
- „Gewerbeschein-Leo“ für Gründer_innen: Oftmals ist bei der Gründung das Gewerbe nicht klar zuordenbar. In dieser Aufbauphase soll es ein „neutrales“ Gewerbe geben das Rechtssicherheit gibt, bis sich der Weg des Unternehmens klar abzeichnet.
- Eine übersichtliche Förderplattform auf der alle Fördermöglichkeiten aller Ebenen von Bund bis Gemeinde transparent dargestellt werden sowie einfachen und unbürokratischen Zugang zu Förderungen für Gründer_innen – auch während laufender Projekte und nicht nur vorher.
- Die Einrichtung eines Equity Fonds für Gründer_innen durch das Land NÖ, der Gründer_innen innerhalb der ersten drei Gründungsjahre durch Beteiligungskapital unterstützt.
- Attraktive Mitarbeiter_innen-Beteiligungs-Modelle, denn in der Anfangsphase muss jeder Euro in die Umsetzung der Idee fließen und nicht in Überstunden. Mitarbeiter_innen werden zu Mitunternehmer_innen und partizipieren am Erfolg des gemeinsamen Projekts.

- Neben den zwei bisherigen DigitalHubs - DIH OST und DiMaHub – müssen in jedem Bezirk Start-up- und Gründer_innen-Hubs geschaffen werden. Diese Hubs sollen auch gemeinsame Infrastruktur („shared spaces“) für neu gegründete EPU's und Unternehmen unterschiedlichster Branchen zur Verfügung stellen. So unterstützt man Unternehmen besonders in den ersten Monaten nach ihrer Gründung und hilft bei der Vernetzung.

EPU's und KMU's Wachsen und entfalten lassen

Unternehmer_innen wollen gestalten und Chancen heben. Geben wir Ihnen die Freiheit ihre ganze Energie der unternehmerischen Tätigkeit zu widmen.

So sieht es derzeit aus:

Die enorm hohen Lohnnebenkosten bremsen unsere Unternehmen gerade der Wachstumsphase. Die überbordende Gewerbeordnung engt EPU's und KMU's in ihrer Entfaltung ein. Durch bürokratische und lang dauernde Betriebsanlagenehmigungsverfahren werden unternehmerische Entwicklungsschritte erschwert und verzögert. EPU's sind durch komplizierte Steuer- und Abgaberegelungen bis zum Anschlag belastet und können ihre wertvolle (wo)man-power dadurch nicht voll und ganz ihrem Business widmen.

Was wir wollen:

- Die Gewerbeordnung mit 75 reglementierten Geweben entspricht nicht den Anforderungen des 21. Jahrhunderts und muss massiv „entrümpelt“ werden. Nur noch jene Gewerbe bei denen Leib und Leben, Vermögen und Umwelt zu schützen gilt sollen reglementiert, die anderen frei werden.
- EPU's und KMU's müssen häufig mehrere Gewerbe anmelden und für jedes extra zahlen. Künftig soll nur noch ein Gewerbeschein das Geldbörstel belasten.
- Gerade in der Scale-Up-Phase brauchen Unternehmen frisches Kapital. Hier braucht es steuerliche Anreize für private Equity-Geber, die steuerliche Gleichstellung von Eigen- und Fremdkapital und die Möglichkeit auch immaterielle Werte wie z.B. Patente in der Bilanz auszuweisen.
- Auch EPU's und junge KMU's müssen Zugang zu öffentlichen Aufträgen haben. So kann die öffentliche Hand heimische Betriebe in der Wachstumsphase unterstützen.
- Die Pflichtmitgliedschaft in der WK soll der freiwilligen Mitgliedschaft in einer echten Interessensvertretung weichen. Dazu muss sich die WKNÖ zu einem umfassenden „Serviceportal“ weiter entwickeln. Die enormen Rücklagen der WKNÖ sollen in Form eines Equity Fonds die Mitgliedsbetriebe in ihrem Wachstum unterstützen.
- Die größte Hürde im Wachstum sind die überbordenden Personalkosten. Neben einer generellen Senkung der Lohnnebenkosten fordern wir gezielte Förderprogramme für die Aufnahme der ersten 5 Mitarbeiter_innen. Betriebsanlagenehmigungen müssen rasch und unbürokratisch sein.
- Behörden-Kontrollen (vom Arbeitsinspektor bis zum Finanzamt) sollen weg von einer mahnend-straftenden Tonalität hin zu einem beratenden Ansatz weiterentwickelt werden. So kann die Verwaltung einen großen Beitrag zur Entwicklung gerade kleiner Unternehmen leisten.
- Ein Wachstumskiller sind die fehlenden Fachkräfte in nahezu allen Branchen. Hier braucht es eine Aufwertung der Lehre, laufende Qualifizierungsoffensiven des Landes, einen weiteren

Ausbau der Fachhochschulen sowie eine deutliche Erleichterung für Unternehmen hoch qualifizierte Nicht-EU-Bürger (IT-Experten, Techniker etc.) nach Österreich zu bekommen.

Unternehmergeist für neue Arbeitsplätze in allen Regionen NÖ wecken

Die Betriebe mit ihren Lehr- und Arbeitsplätzen sind der Garant für gutes Leben in alle Regionen NÖ. Lassen wir NÖ in allen Ecken aufblühen.

So sieht es derzeit aus:

EPUs und KMUs werden zu wenig wertgeschätzt. Schließlich sind sie der Motor für Wohlstand in den NÖ Regionen. Ohne Betriebe keine Lehr- und Arbeitsplätze. Gerade entlegene Regionen verlieren jedoch den Anschluss – sei es wegen weiter Wege zu den Behörden, fehlender Investitionen und Rahmenbedingungen für die Gründer_innenszene oder des massiv hinterherhinkenden Breitband-Ausbau.

Die durchschnittliche Download-Geschwindigkeit beträgt 58 mBit/s, während sie in Tschechien 62 mBit/s beträgt und in der Slowakei 84 mBit/s, in Ungarn 136 mBit/s. Das sind Nachbarländer Niederösterreichs und daraus ergibt sich ein immenser Wettbewerbsnachteil für unsere Unternehmen.

Die aktuell größte Herausforderung für die Betriebe ist es Facharbeiter_innen zu finden und in der Lehr-Ausbildung ist der Wurm drinnen – immer weniger junge Menschen wollen einen Lehrberuf ergreifen – und die die wollen finden keinen passenden Lehrplatz. Auch die Lehrabbruchrate ist hoch - 25% aller Lehrlinge brechen ihre Lehrausbildung frühzeitig ab – in etwa zwei Drittel davon im ersten Lehrjahr.

Was wir wollen:

- EPUs und KMUs müssen endlich als das begriffen werden was sie sind: Der Motor für Lebensqualität in den Regionen
- Niederösterreich muss beim Breitband-Ausbau den Turbo zünden! Derzeit liegen wir im internationalen Vergleich im Schlussfeld. Wir wollen die Chance für neue Arbeitsplätze in allen Regionen Niederösterreichs und rascher Datenaustausch ist hierfür ein zentraler Schlüssel.
- Gerade für EPUs müssen Abgaben einfach und transparent und der Verwaltungsaufwand möglichst gering sein. Wir wollen, dass alle Amtswege unkompliziert digital erledigt werden können.
- Eine berufspraktische Ausbildung, das Erlernen eines Lehrberufes ist für viele junge Menschen die große Chance für persönliche Entfaltung. Das Image der Lehre muss aufgewertet werden, denn sie hat große Zukunft und viele junge Menschen können auf diesem Weg an der Entwicklung ihrer Heimatregion mitwirken. Dazu wollen wir ein umfassendes Lehrlings-Paket: Von einer Reform der Ausbildung selbst über umfassende Möglichkeiten der Berufsorientierung in den Schulen bis hin zur finanziellen und organisatorischen Unterstützung der Betriebe bei der Suche nach Lehrlingen. So braucht es z.B. eine Vernetzung der lokalen Betriebe mit den Schulen. Die WKNÖ soll hier einen Schwerpunkt setzen und in jedem Bezirk jährlich eine Lehrbetriebs-Messe veranstalten. Entsprechende Förderprogramme für die Betriebe sollen das Bild abrunden.
- Ein großer Hebel für Entwicklung der Regionen liegt in deren Innovationskraft. Jedes niederösterreichische Viertel soll neben einem FH-Standort auch ein Innovationszentrum zur

Entwicklung einer Start-Up-Szene etablieren und die Entwicklung von lokalen Schwerpunkt-Clustern forcieren.

Gesundheit und Pflege

Gesundheit ist unbestritten das höchste Gut. Das ist nicht erst seit Beginn der Covid-Pandemie bekannt, jedoch wieder deutlich ins Bewusstsein gerückt. Gesund sein und bleiben von Kindesbeinen an – für dies die Voraussetzungen zu schaffen, ist eine der wichtigsten Aufgaben der Politik. In Niederösterreich fehlt dieses Bewusstsein offenbar in der politischen Verantwortung einer adäquaten Gesundheitsversorgung. Aktuell sind in Niederösterreich 13 Kassenstellen in der Kinder- und Jugendheilkunde vakant, wobei die Anzahl der Fachärzt_innen für Kinder- und Jugendheilkunde nicht abgenommen hat, viele sind in Wahlarztordinationen abgewandert. Doch nicht nur in diesem Fachbereich gibt es in Niederösterreich große Baustellen. Aktuell sind rund 35 in ganz Niederösterreich vakant, einige davon bereits seit mehreren Jahren. Die vor den letzten Landtagswahlen ausgerufenen Landarztgarantie ist gescheitert und war offensichtlich von Anfang an nicht zu Ende gedacht. Doch nicht nur in der Gesundheitsversorgung stehen die Länder im Allgemeinen und Niederösterreich im Besonderen vor großen Herausforderungen, sondern auch in der Pflege. Über 13.320 Menschen werden in Niederösterreich aktuell in Pflegeheimen betreut. (Statistik Austria 2019) Der Bedarf wird in Zukunft weiter steigen. Das zeigt die demografische Entwicklung: Derzeit sind 18,5 Prozent der Österreicher über 65 Jahre alt, im Jahr 2030 werden es bereits über 23 Prozent sein. Die Länder und Gemeinden als Träger der Sozialhilfe stellt diese Entwicklung vor große Herausforderungen. Bis 2030 braucht es laut Prognosen des Landes Niederösterreich zusätzliche 11.151 Plätze in Pflegeheimen. (vgl. <https://www.addendum.org/pflege/bedarf-pflegeheimplaetze/>)

Zahlen wie diese zeigen das Ausmaß der Aufgabe, vor der Niederösterreich im Bereich der Pflege steht. Diese werden wir nicht mit herkömmlichen Konzepten und „Bettenburgen“ lösen können. Dafür braucht es ein gesamthaftes Pflegekonzept mit vielfältigem und bedarfsorientiertem Angebot, welches sich nach den Menschen richtet und nicht nach der Bürokratie.

Gesund sein und bleiben von Kindesbeinen an

So sieht es derzeit aus:

Gesundheit wird sehr stark als etwas wahrgenommen, womit man sich bei Krankheit/Verletzungen zu beschäftigen beginnt. Reparieren statt Vorsorgen scheint hier der Glaubenssatz zu sein. Daher ist auch die Finanzierung so stark auf die Reparaturmedizin, und da ganz besonders auf den stationären Bereich ausgerichtet.

Die Gesundheitsversorgung mit niedergelassenen Kassenordinationen ist in Niederösterreich derzeit lückenhaft. Es fehlen in jedem Bereich Kassenstellen, von der Kinder- und Jugendheilkunde bis hin zu Kassenstellen bei der Allgemeinmedizin. Hingegen vergrößert sich die Zahl der Wahlärzte in Niederösterreich. Es gibt zurzeit weder einen Versorgungs- noch ein Präventionsauftrag von Seiten der Krankenkassen. Engagierte Ärzt_innen werden in Niederösterreich in ein Korsett voller Bürokratie gesteckt und Patient_innen wie Bittsteller behandelt.

Es geht aber besser und besser heißt nicht unbedingt teurer!

Was wir wollen:

- Wir wollen den gesunden Menschen in den Mittelpunkt stellen, und zwar von Anfang an.

- Bürger_innen sind selbst an ihrer Gesundheit interessiert und nehmen an diversen Projekten zur Gesundheitsförderung und Gesundheitsvorsorge teil. Mündige Menschen sind in der Lage, eigenverantwortlich ihr Leben physisch und psychisch nachhaltig gesund zu gestalten und Verantwortung zu tragen. Dazu braucht es eine Stärkung der Gesundheitskompetenz (health literacy), beginnend von Kindergarten- und Schulprojekten bis zu einem Ausbau und leichterem Zugang zu Vorsorgeinformationen.
- Die Bevölkerung muss sich auf eine optimale und bedarfsgerechte Versorgung verlassen können: Kassenstellen müssen in Niederösterreich bis zum letzten Platz, gemäß des Versorgungszieles, gefüllt werden, von Kinder- und Jugendheilkunde bis hin zur Allgemeinmedizin. Jedem Arzt / jeder Ärztin soll ein Kassenvertrag angeboten werden. Alle anderen sind automatisch Privatärzt_innen.

Gesundheitsleistungen gut zu den Menschen bringen

So sieht es derzeit aus:

Die lebensnahe gesundheitliche Versorgung der Bürger_innen muss Priorität haben. Neben den fehlenden Kassenstellen fehlt es in Niederösterreich auch an Ambition beim Ausbau von Primärversorgungseinheiten. Diese sollen die Hausarztordinationen ergänzen und die Versorgungswirksamkeit erhöhen. 14 sollten es laut Zielsteuerung aus dem Jahr 2017 bis Ende 2021 werden – zurzeit sind es erst 4. Weder im Waldviertel, noch im Weinviertel gib es ein PVZ, jedoch unbesetzte Kassenstellen für Allgemeinmedizin.

Unter der massiven Bürokratie leidet auch die Kooperation zwischen den Gesundheitsberufen und -feldern. Auch eine qualitätsvolle Ausbildung sowie ein attraktives Berufsbild in allen Gesundheitsberufen beeinflusst die wohnortnahe Gesundheitsversorgung der Bürger_innen von Niederösterreich.

Was wir wollen:

- Bessere Rahmenbedingungen zu gesetzlichen und strukturellen Voraussetzungen für die Etablierung von Gemeinschafts- bzw. Gruppenpraxen und Versorgungszentren (Flexibilität, Familienfreundlichkeit, neue Angestelltenverhältnisse, etc.).
- Massiver Ausbau des tagesklinischen Bereichs und der Qualitätssicherung bei gleichzeitiger Reduktion des ausschließlich stationären Bereichs. Der stationäre Bereich bietet bezüglich Angebot und Öffnungszeiten bedarfsgerecht Diagnose, Pflege und Therapie in hochspezialisierter Weise an.
- Am Lebensende gibt es ein qualitätvolles Geriatrie- und Hospizangebot
- Eine hochwertige Ausbildung der Pflegekräfte sowie die Entwicklung eines attraktiven Berufsbildes bedingt eine echte Ausbildungsreform mit Praxisbezug sowie angemessener Bezahlung und Leistungshonorierung.
- Die Förderung der Zusammenarbeit der unterschiedlichen Berufsgruppen im Gesundheitsbereich erhöht die Attraktivität der Berufsbilder und die bedarfsgerechte Inanspruchnahme durch die Bevölkerung.
- Selbständige Abrechenbarkeit von Leistungen mit den Kassen durch alle Gesundheitsberufe, welche abrechenbare Leistungen erbringen, mit zu definierenden Leistungskatalogen.
- Zusammenarbeit ist das entscheidende Wort in einer optimalen Versorgung: Bestmögliche Kooperation zwischen Kliniken und niedergelassenem Bereich, zwischen Ärzt_innen und Pflegekräften sowie anderen Gesundheitsberufen, zwischen den Regionen. Die benötigte

Leistung soll von jener Fachkraft erbracht werden, die im Sinne des Patienten/der Patientin am besten dafür geeignet ist.

1. Lebenswertes Altern

So sieht es derzeit aus:

Mehrere Skandale an verschiedenen Standorten in Niederösterreich haben das Vertrauen bei den Bürger_innen bezüglich einer guten Betreuung in Pflegeeinrichtungen erschüttert. Dabei ist der Bedarf an Pflegeplätzen in Niederösterreich sehr groß. Leider auch deswegen, da die gesunden Lebensjahre in Österreich im europäischen Vergleich bei nur 57,0 Jahre liegen. Im europäischen Durchschnitt liegen diese bei 64,2 und in Schweden bei 73,3 Jahren.

Das Altern in Würde und mit hoher Lebensqualität wird in Niederösterreich leider oft sehr eng gedacht. Es wird von Seiten der Politik vorrangig quantitativ in Betten pro Einrichtung gedacht und nicht auf die Bedürfnisse der älteren Menschen eingegangen. Pflege ist aber hinsichtlich des Bedarfs des/der Einzelnen durchaus unterschiedlich, Pflegeformen dementsprechend auch. Pflege muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen werden.

Was wir wollen:

- Das Ziel der Politik muss es sein, die Umstände zu schaffen, damit die Zahl der gesunden Lebensjahre in (Nieder-) Österreich steigt. Dazu tragen insbesondere die Förderung einer gesunden Lebensweise vom Kindesalter an, höhere Gesundheitskompetenz des/der Einzelnen und ein massiver Ausbau der wohnortnahen Erstversorgung bei. Im letzten Lebensabschnitt brauchen wir ein geändertes Verständnis von Pflege. Der Mensch und seine Bedürfnisse müssen im Mittelpunkt stehen. Menschlichkeit muss hier vor Bürokratie stehen.
- Alternative Pflegekonzepte müssen gefördert werden. Dazu gehören Buurtzorg oder andere Modelle einer Community Nurse oder von Alters-Wohngemeinschaften mit geteilten Unterstützungsleistungen, um länger im gewohnten Umfeld leben zu können.
- Reform der 24-Stunden-Betreuung mit entsprechender Qualitätssicherung und sozialer Absicherung der Betreuer_innen.
- Akut-/Intensivpflege. Gemeinsam mit diesen Akteuren muss ein gesamthaftes Pflegekonzept für Niederösterreich entwickelt werden, um so Betreuungs- und Pflegebedürftigen ein Altern in Würde zu ermöglichen.
- Attraktivität des Berufsbildes: Abkehr von sog. „Bettenburgen“ und massiver Bürokratie. Dies hat zur Folge, dass Pflegekräfte auch selbstbestimmter und besser arbeiten können. Dazu gehört die umfassende Reformierung des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes zur Kompetenz- und Verantwortungserweiterung. Damit wird u.a. die Attraktivität des Berufs erhöht und das soll dem sinnvollen und wertvollen Berufsbild Pflege zur Wertschätzung und Anerkennung verhelfen, den es verdient.

Klimaschutz und Mobilität

Jede Generation hat die Verantwortung, den folgenden die Umwelt in bestmöglichem Zustand zu hinterlassen. Wir stehen weltweit vor riesigen Herausforderungen, die auch nicht vor Österreich Halt machen. Ohne große Veränderungen bei Energieproduktion, Wirtschaftsprozessen, Mobilität, Konsumverhalten, Landnutzung und Landwirtschaft drohen durch den Klimawandel katastrophale Folgen.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits jetzt spürbar und erfordern Anpassungen in allen vorher genannten Bereichen. Zusätzlich werden diese Entwicklungen durch umweltschädliche Subventionen und ein Steuersystem, das ökologische Gesichtspunkte viel zu wenig berücksichtigt, drastisch beschleunigt.

Wichtige Maßnahmen im Klimaschutz sind in den letzten Jahren verschlafen worden. Unsere Treibhausgas-Emissionen steigen nach wie vor, der Ausbau der erneuerbaren Energien stagniert. Weiterhin gibt es, gerade auch im öffentlichen Sektor, bei der thermischen Sanierung von Gebäuden und bei Energiestandards im Neubau zu wenige Fortschritte. Klimawandel und Mobilität bedingen einander, besonders in einem Flächenbundesland wie Niederösterreich. Deswegen ist es völlig unverständlich, dass in Niederösterreich wichtige und kleinteilige Bahnverbindungen aufgelassen und Straßenbauprojekte ohne sorgfältige Prüfung und Planung durchgezogen werden sollen. Der immer weiter fortschreitenden Bodenversiegelung muss der Kampf angesagt werden.

Klimaschutzmaßnahmen für Niederösterreich

So sieht es derzeit aus:

In Niederösterreich sind jetzt schon die Folgen des Klimawandels offensichtlich. Naturkatastrophen wie der Sturm in oder die Überschwemmungen im Most-, Wein- und Waldviertel zeigen den dringenden Handlungsbedarf auf. In Niederösterreich wird derzeit leider noch in alten Wegen gedacht, die nicht zu den notwendigen neuen Lösungen führen können.

In Österreich und besonders in Niederösterreich ist die Klimaerwärmung schon jetzt weiter fortgeschritten als die deutlich niedrigeren Klimaziele, welche in Paris definiert wurden. Diesen zufolge muss die globale Erwärmung bis 2100 auf möglichst nicht über 1,5 Grad, jedenfalls aber deutlich unter 2 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit gehalten werden. In Niederösterreich gibt es zurzeit leider kein „Klimabudget“, welches die Auswirkung der einzelnen Vorhaben auf das Klima in Hinblick auf den Verbrauch von CO₂-Emissionen berücksichtigt. Die jährliche Erstellung eines Klimabudgets parallel zum Fiskalhaushalt ist jedoch das Gebot der Stunde, um die laufenden Projekte hinsichtlich der Klimaauswirkungen im Blick zu behalten.

Auch beim Ausbau alternativer Energiegewinnung hinkt Niederösterreich hinterher. Wenn es beim Ausbau der Photovoltaik im bisherigen Tempo weitergeht, wird bis 2030 nicht einmal die Hälfte des Klimafahrplan-Zieles erreicht. Es braucht eine wesentlich höhere Ausbaugeschwindigkeit.

Österreich selbst ist zurzeit auf Platz 35 im Klimaschutz-Index. Internationales Vorbild ist laut Klimaschutz-Index das vierte Jahr in Folge Schweden. Zwar sei demnach auch der skandinavische Staat kein "Klima-Musterland" und noch nicht ganz auf dem Weg zum Erreichen der Pariser Klimaziele, doch Schweden setze Maßstäbe in den Bereichen CO₂-Ausstoß, erneuerbare Energien und Klimapolitik.

Was wir wollen:

Klimabudget

Die Grundlage einer verantwortungsvollen Klimapolitik in Niederösterreich muss ein Klimabudget sein, welches die Auswirkung der einzelnen Vorhaben auf das Klima berücksichtigt. Dieses Klimabudget ist parallel zum Fiskalhaushalt zu erstellen. Auf Basis der bestehenden Verpflichtungen muss ein CO₂-Haushalt transparent – also öffentlich einsehbar und nachvollziehbar für Bürger_innen– geführt werden.

Das Klimabudget muss Folgendes beinhalten:

- Bestandsaufnahme: Übersicht über das NÖ bis 2040 nachweislich zur Verfügung stehende CO₂-Budget.
- Vorgaben basierend auf den strategischen Klimaschutzzielen des Landes (insbesondere auch NÖ Klima- und Energieprogramm 2030)
- Verpflichtung zur CO₂-Folgeabschätzung von Großprojekten, zu Maßnahmen und Gesetzen, um Auswirkungen auf CO₂-Emissionen quantitativ prüfen zu können
- Bericht mit aktuellen Daten und Informationen zum Klimaschutz (insbesondere, was die CO₂-Emissionen betrifft), welcher auch eine Beurteilung des aktuellen Status erlaubt.
- Maßnahmenplan mit allen im Budgetzeitraum geplanten Klimaschutz-Vorhaben mit Angaben zu Klimawirkungen, Kosten, Verantwortlichkeiten und Zeitraum für die Umsetzung;
- Klare rechtliche Bestimmungen für die Zuweisung finanzieller Mittel und Ausgleichsmaßnahmen: Wie im Finanzhaushalt wird es beim CO₂-Haushalt Über- und Unterschreitungen der vorgesehenen Klimaausgaben geben, die durch Vorgriffe bzw. Rücklagen kompensiert werden. Ein Transfer von CO₂-Emissionen zwischen den Bundesländern soll etwa bei länderübergreifenden Projekten möglich sein
- Wirkungsmonitoring, welches die voraussichtlichen Klimawirkungen der Vorhaben (insgesamt) bewertet und mit den Vorgaben vergleicht
- Berichtspflichten: Wie beim Finanzhaushalt schafft der CO₂-Haushalt einen Rahmen für verantwortliches, generationengerechtes Handeln. Durch klar definierte Berichtspflichten können alle politischen Maßnahmen transparent von Entscheidungsträgern, Kontrollinstanzen sowie der Zivilgesellschaft verfolgt und nachvollzogen werden
- Umsetzungsvaluierung (Äquivalent zum „Rechnungsabschluss“): Bewertung der Umsetzung des Klimabudgets und Ableitung von Konsequenzen für das Treibhausgasbudget.

Energieverbrauch und Energiequellen

So sieht es derzeit aus:

Niederösterreich ist durch den hohen Anteil an Wasserkraftnutzung in einer guten Ausgangslage. Die Sicherung der Energieversorgung benötigt jedoch den weiteren und rascheren Ausbau von Sonnen- und Windenergie sowie massive Forschung in Speichertechnologien.

Nur der Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energiequellen allein-wird nicht reichen. Es wird ohne die Senkung des Energieverbrauchs nicht möglich sein, die Klimaziele zu erreichen (siehe Wifo-Studie/Stefan Schleicher vom 17.8.21 im Ö1 Morgenjournal)

Was wir wollen:

- Der Ausbau erneuerbarer Energien muss mehr Fahrt aufnehmen. Insbesondere ist der Ausbau von Photovoltaik-Anlagen schneller voranzutreiben. Die aktuellen Bemühungen müssen um die Nutzung von Freiflächen (Überdachung von Parkplätzen, aber auch dort, wo sinnvoll möglich, landwirtschaftlichen Flächen mittels Agrophotovoltaik) ergänzt werden.
- Energiesparmaßnahmen z.B. durch Investition und Ausbau von Kommunikationstechnologie – Breitbandausbau.
- Forschungsförderung für neue Technologien
- Stopp von kontraproduktiven Förderungen, die die Klimaerhitzung fördern.
- Weiterführung der Förderung von thermischen Sanierungen und für einen schnelleren Ausstieg aus Öl und Gas

Mobilitätskonzept Niederösterreich

So sieht es derzeit aus:

Der Ausbau des ÖPNV und die Forschung von Entwicklungen zu neuen Technologien muss vorangetrieben werden.

Eine umfassende Studie der Arbeiterkammer Niederösterreich aus 2021 zeigt: Die Mobilität der Niederösterreicher_innen blieb von 2003 bis 2018 ca. gleich. Der Anteil des Fußverkehrs sank von 18 auf 15%. Der Anteil des öffentlichen Verkehrs blieb mit 13-14% relativ konstant. Ein hoher Anteil des Individualverkehrs wird unter 5 km (39%), sowie weitere 19% unter 10 km zurückgelegt.

Wien stellt für niederösterreichische Pendler_innen ein bedeutendes Zentrum dar, sowohl für Ein- als auch für Auspendler_innen. So pendeln 86% aller niederösterreichischen Pendler_innen, die in ein anderes Bundesland pendeln nach Wien, das sind 26% der in NÖ wohnhaften Beschäftigten. Daraus folgt, dass ein attraktives Angebot für die Verbindung aus und nach Wien die vorrangige Aufgabe darstellt und eine konstruktive Zusammenarbeit der beiden Bundesländer großen Nutzen hätte.

Bei den Haltestellen, welche von den Bewohner_innen Niederösterreichs fußläufig erreicht werden können, sind es weitaus überwiegend Bushaltestellen - und nur in 26% der Fälle Bahnhaltstellen.

Was wir wollen:

- Niederösterreich braucht ein umfassendes **Mobilitätskonzept** mit einem massiven **Ausbau des öffentlichen Verkehrs**. Die derzeitigen Bemühungen des Landes Niederösterreichs lassen eine gesamthafte Strategie vermissen. Vor allem geht es beim massiven Ausbau der Infrastruktur bzw. der Taktung um fast 100.000 Personen, welche zurzeit keine Bus-/Bahnhaltstelle in erreichbarer Nähe haben bzw. wo die Taktung nicht für eine öffentliche Anreise in Frage kommt.
- Ausbau von bestehenden und gut reaktivierbaren Bahnverbindungen
- Einsatz von bedarfsgerechten Bussen, wo Bahnverbindungen nicht zur Verfügung stehen
- Für kurze Strecken (0 bis 10 km) eignen sich „gesündere“ Fortbewegungsmöglichkeiten wie Gehen oder Radfahren. Dafür braucht es sichere **Fuß- und Radwege** in allen Gemeinden und auf den Verbindungswegen bis zur nächsten Bus-/Bahnhaltstelle. Für die Nutzung des Fahrrads im Alltag braucht es auch einen Ausbau der Radinfrastruktur, von Ladestationen für e-Bikes bis hin zu gesicherten Abstellplätzen an Bus- und Bahnhaltstellen.
- Die Wiener **Kernzone** muss auf das Wiener Umland ausgeweitet werden. In dieser Zone soll es möglich sein, mit EINEM Ticket um EINEN Euro pro Tag unterwegs zu sein.
- Bedarfsfahrdienste und Car-Sharing-Modelle für die „letzte Meile“, wenn zu Fuß oder mit dem Rad nicht möglich/zumutbar.
- Mobilitäts-App NÖ(/Wien) – Suche nach der besten Verbindung plus Bezahlungsfunktion.

Schutz der natürlichen Grünflächen

So sieht es derzeit aus

In Niederösterreich werden 2,5ha/ Tag versiegelt. Das hat massive Veränderungen für Landwirtschaft und Klima zur Folge. Der Schaden in der Landwirtschaft durch Hagel, Sturm und Überschwemmungen liegt heuer bereits bei 110 Millionen Euro, weitere 70 Millionen durch Dürre und 35 Millionen durch Frost im Obst- und Weinbau in Österreich.

(<https://noe.orf.at/stories/3116531/>) Hier ist die Bodenversiegelung das größte Problem. Durch diese Zerstörung von Ökosystemen fehlen auch deren Leistungen wie Kühleffekte und die Aufnahme von CO₂, wodurch die CO₂-Problematik noch verschärft wird.

durchschnittliche Veränderung in ha/Tag				
	2020	2018-2020	2015-2020	2010-2020
Burgenland	1,6	1,4	0,8	0,5
Kärnten	1	1,1	1,8	2,2
Niederösterreich	2,5	2	2,3	2,9
Oberösterreich	2,2	2	2	3,6
Salzburg	0,1	0,4	0,5	0,7
Steiermark	2,8	3,3	3	2,9
Tirol	0,4	0,8	1	1,3
Vorarlberg	0,2	0,4	0,3	0,8
Wien	0	0,2	0,1	0,1
Österreich	10,7	11,5	11,9	15,1

(vgl. <https://www.umweltbundesamt.at/umwelthemen/boden/flaecheninanspruchnahme>)
Was wir wollen

- Kompetenzverlagerung: Planungs- und Widmungskompetenzen auf Gemeindeebene einschränken und auf Landesebene verlagern. Dabei sind die Gemeindevertretungen sowohl im Transformationsprozess an sich, aber auch bei konkreten Projekten, die die jeweilige Gemeinde betreffen, einzubinden.
- Ausreichend Personal und Ressourcen auf Landesebene für schnelle Abwicklungen
- Transparenz bei Planungsprozessen und Widmungsverfahren.
- Entsiegelung von Flächen, die bereits jetzt brach liegen – Industrieruinen rückbauen!

Regionalität und Nachhaltigkeit

Die beste CO₂-Bilanz schaffen wir, wenn Menschen möglichst kurze Strecken zwischen Wohn- und Arbeitsort bewältigen müssen. Das erhöht auch die Lebensqualität und verbessert automatisch den ökologischen Fußabdruck. Dazu bedarf es attraktiver Rahmenbedingungen für Unternehmen und eines daraus folgenden Angebots für Arbeitnehmer_innen.

So sieht es derzeit aus

Die Pendler_innenbewegungen aus NÖ sind enorm, weil die Nähe zur Bundeshauptstadt natürlich das Konzept „Wohnen in NÖ – Arbeiten in Wien“ fördert, aber auch weil es kein ausreichendes Angebot in der Region gibt. Ersteres lässt sich durch ein attraktives Angebot an öffentlichem Verkehr klimaschutztauglich lösen, für Letzteres brauchen wir Lösungen „vor Ort“. Das verringert nicht nur den Energieverbrauch und CO₂ Ausstoß durch den Individualverkehr, sondern bringt auch Impulse für die regionale Entwicklung und Ortskernbelebung.

Was wir wollen

- Flächendeckendes Breitbandangebot – Breitbandausbau endlich umsetzen, nicht nur ankündigen.
- Co-Working-Spaces in den Gemeinden.
- Infrastruktur für Unternehmen (siehe Sonnentor) – erfolgreichen Unternehmer_innen hilft man meist damit am meisten, dass ihnen keine bürokratischen Hürden in den Weg gelegt werden, gelegentlich aber auch mit einem Zufahrtsweg oder einer Bahnanbindung – Evaluieren von möglichen Knotenpunkten und gemeindeübergreifende Kooperationen.

Demokratie & saubere Politik

Demokratie

So sieht es derzeit aus:

Niederösterreich ist - im Bundesvergleich - ein demokratiepolitisches Entwicklungsland. Es gibt zu wenige Politiker_innen, die für eine beschränkte Dauer aus der Zivilgesellschaft in die Politik gehen und immer mehr hauptberufliche Politiker_innen. Dadurch fehlt der frische Blick von außen und wesentliches Know-How aus allen Teilen der Gesellschaft. Die Mehrheitspartei hat sich in den vergangenen Jahrzehnten ein „System NÖ“ erschaffen, das unser Bundesland in Geiselschaft nimmt, Innovation bremst und ausschließlich dem Machterhalt und damit der Beibehaltung des Status-Quo dient.

Große Teile der Opposition werden durch die Proporzregierung „eingemeindet“ und damit quasi ruhig gestellt; den verbleibenden (kleinen) Fraktionen werden Ressourcen und demokratische Instrumente vorenthalten. Gleichzeitig bedient sich die Politik für ihre unverhältnismäßig teuren Wahlkämpfe am Geld der Steuerzahler_innen. Durch die Mehrheitsverhältnisse im Land kämpfen die politischen Mitbewerber so mit ungleichen Waffen.

Die ÖVP im Land versucht die Gemeinden finanziell am Gängelband zu halten. „Politisches Wohlverhalten“ wird belohnt, „abweichende Meinungen“ werden bestraft. Die Geschäftsordnung des NÖ-Landtages bedarf dringend einer Reform, um aus unserem Landtag ein modernes Arbeitsparlament und wirksames Kontrollinstrument zu machen. Wir wollen dem Parteienstaat den Kampf ansagen, damit mutige und moderne Politik zur Entfaltung kommen kann.

Was wir wollen:

- **Amtszeitbeschränkungen und Übernahme von Verantwortung:** Um die Abhängigkeit vom politischen Amt für unsere Entscheidungsträger_innen zu reduzieren und das Entstehen von sich selbst kontrollierenden Netzwerken zu verhindern braucht es Amtszeitbeschränkungen. Für nicht direkt gewählte Funktionsträger_innen wird die Abgeordnetentätigkeit im selben Organ auf 15 Jahre, bei Regierungsämtern auf zehn Jahre beschränkt. Gleichzeitig sollen Politiker_innen durch Amts- und Politikerhaftungen, die im Falle von fahrlässigem oder bewusst nachteiligem Handeln schlagend werden, mehr Verantwortung übernehmen.
- **Proporz in der Landesregierung abschaffen:** Die Bürger_innen haben eine Landesregierung verdient, die miteinander regieren will und nicht bloß miteinander regieren muss. Eine Abschaffung des Proporztes soll für klare Verantwortlichkeiten der Regierung auf der einen und der Opposition auf der anderen Seite sorgen.
- **Transparente Parteifinanzen, Halbierung der Landesparteienförderung, Verbot der indirekten Parteienförderung durch Inserate und Querfinanzierung durch Vereine und Vorfelddorganisationen,** und verbindliche Wahlkampfkostenobergrenzen.
Intransparente Parteienfinanzierung setzt unterschiedliche Startvoraussetzungen für Parteien, vor allem im Wahlkampf. Wir fordern verbindliche Wahlkampfkostenobergrenzen von einem Euro pro Wahlberechtigter/Wahlberechtigtem pro Wahltermin. Auch außerhalb von Wahlkampfzeiten muss Transparenz gewährt sein. Daher fordern wir die Halbierung der Landesparteienförderung und die Offenlegung aller Einnahmen und Ausgaben der Parteien und ihrer Vorfelddorganisationen 365 Tage im Jahr ein.

- Budgetdienst für den niederösterreichischen Landtag: Dem Landtag obliegt die Budgethoheit. Um diese auch vollinhaltlich und richtig ausüben zu können, ist die Unterstützung durch einen Budgetdienst notwendig und dringend geboten. Ein, für alle im Landtag vertretenen Parteien, zugänglicher Budgetdienst erhöht die Transparenz in Haushaltsangelegenheiten und stärkt die Rolle des Landtags als Kontrollorgan.
- Wahlrecht für das 21. Jahrhundert: Abschaffung von nichtamtlichen Stimmzetteln bei den Gemeinderatswahlen, Abschaffung des Prinzips „Name schlägt Partei“: Diese beiden - nur mehr in NÖ praktizierten - demokratiepolitischen Anachronismen, sind umgehend abzuschaffen.
- Eindeutige Klärung des Zweitwohnsitzerwahlrechts: Bisher bestimmen in NÖ Bürgermeister_innen darüber, welche Zweitwohnsitzer_innen in den Gemeinden wahlberechtigt sind. Um hier jegliche Form der Freunderlwirtschaft hintanzuhalten, sollen Fragen zum Zweitwohnsitzer_innenwahlrecht auf der nächsten Verwaltungsebene, den Bezirkshauptmannschaften, behandelt werden.

Saubere Politik

So sieht es derzeit aus:

Die Politikverdrossenheit nimmt zu, das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik sinkt!

Wie der regelmäßig aktualisierte OGM-Vertrauensindex zeigt, sind nahezu alle Politiker_innen davon betroffen. Dieser Trend ist aber kein aktueller, der besonderen Situation in der Pandemie geschuldeter, sondern diese Tendenz lässt sich seit mehreren Jahren auf allen politischen Ebenen und in allen europäischen Ländern erkennen. Die Bevölkerung wendet sich von Ihren Vertretern ab und das zu Recht, wenn man die Entwicklungen der jüngsten und mittleren Vergangenheit betrachtet. Kaum eine Woche vergeht, ohne dass ein weiterer Umstand bekannt wird, der uns alle kopfschüttelnd zurücklässt. Ibiza-Video, Postenbesetzungen in staats- und landesnahen Betrieben, verpfuschte Impfstrategie und Corona-Chaos, Auskunftspersonen in Untersuchungsausschüssen, die sich an nichts erinnern können, ungünstige Nachrichten und sexuell motivierte Bilder auf steuergeldfinanzierten Diensthändys, Auftragsvergaben an Parteigänger_innen und Regierungsentscheidungen hinter verschlossenen Türen - das ist das Bild, mit dem (nieder-)österreichische Innenpolitik zur Zeit oftmals verknüpft wird.

Wenn wir wirklich wollen, dass die Menschen Politiker_innen wieder ernst nehmen und wir selbst an eine liberale-lebendige Demokratie glauben, brauchen wir große und klare Einschnitte und keine kleinen "homöopathischen" Verbesserungen. Wir brauchen einen Neustart-Knopf, keine Absichtsbekundungen.

Was wir wollen:

Eine Politik auf Landes- und Gemeindeebene, in die die Bürger_innen vertrauen, weil sie den Eindruck haben, dass ehrliche Arbeit zum Wohl der Bevölkerung und des Landes vor persönlichen und Partei-Interessen steht.

- Transparenz in den Entscheidungen der Landesregierung: Regierungsbeschlüsse müssen so veröffentlicht werden, dass zumindest die wesentlichen "W-Fragen" (Wer hat, was, von wem, wofür und in welcher Höhe bekommen?) beantwortet sind.

- Ausschreibungen und Leistungsvergaben des Landes müssen - über den gesamten Prozess hinweg, transparent und für die Öffentlichkeit einsehbar - auf der Webseite des Landes dargestellt werden.
- Niederösterreich soll eine Whistleblower-Plattform erhalten: Dadurch wird sichergestellt, dass, anonym und vor Repressalien geschützt, Meldungen über Auffälligkeiten bis hin zu potenziell strafrechtlich relevanten Sachverhalten in der Landes- und Gemeindeverwaltung in einer unabhängigen Untersuchungs- und Schlichtungsstelle behandelt werden können.
- Erweiterung der Prüfkompetenzen des Landesrechnungshofes: Der LRH muss Gemeinden mit einer Einwohner_innenzahl von unter 10.000 Einwohner_innen prüfen können. Da dies derzeit nicht der Fall ist, können rund 550 der 573 Gemeinden nicht durch die Expert_innen des Landesrechnungshofes geprüft werden, wodurch die höchste Prüfinstanz im Land für die Mehrzahl der Gemeinden auf beiden Augen blind ist. Die Landesregierung muss Rechenschaft ablegen wie und wann den Empfehlungen des Rechnungshofes entsprochen wird bzw. welche alternativen Ansätze gewählt wurden.
- Öffentliche Hearings im Landtag, vor der Besetzung von Spitzenpositionen: Es ist legitim, dass demokratisch legitimierte Entscheidungsträger_innen Einfluss auf die Besetzung wichtiger Posten haben. Damit jedoch keine inkompetenten Parteigänger_innen zum Zug kommen, müssen sich die erstgereihten Bewerber_innen einem öffentlichen Hearing durch den Landtag stellen. Ein Vorschlagsrecht für Besetzungen von Spitzenpositionen - sowohl in der Verwaltung als auch in Landesbeteiligungen - für alle im Landtag vertretenen Parteien muss gesetzlich verankert werden.
- Förderungen transparent abwickeln: Wir wollen das alle Förderungen, die das Land Niederösterreich vergibt auf der Internetseite des Landes einsehbar und für alle Bürger_innen leicht zugänglich, veröffentlicht werden.
- Wildwuchs bei ausgegliederten Landesgesellschaften beenden, alle Beteiligungen öffentlich darstellen: Selbst interessierten Beobachter_innen gelingt es nicht, sich einen umfassenden Überblick über die ausgegliederten Gesellschaften des Landes zu verschaffen. Da ausgegliederte Landesgesellschaften vom parlamentarischen Anfragerecht ausgenommen sind, ist es umso wichtiger, hier transparent darzustellen, in welchem Umfang und wozu das Land in solche Gesellschaften investiert.

Leben in NÖ Städten/Gemeinden & Partizipation

Leben in NÖ Städten und Gemeinden

Wie es derzeit ist:

Warum schaut es bei uns so aus, wie es aussieht? Das Thema der Raumplanung und -ordnung ist ein zentrales im ländlichen und städtischen Raum.

Die Widmungskompetenz liegt weitestgehend in den Gemeinden, wo oft Eigeninteressen einzelner oder bestimmter Gruppen durchgesetzt werden.

Verwaiste Ortskerne ohne Wirtshaus, ohne Treffpunkt für die Jugend, leerstehende Geschäfte, Einkaufs- und Gewerbezentren weit vor den Toren der Gemeinde prägen das Bild.

Abgewanderte und verlorengegangene Arbeitsplätze zwingen die Bewohner_innen zum Pendeln, die Jugend zieht bei erster Gelegenheit fort.

Wer will schon an einem Ort wohnen, an dem es statt einem Dorfwirtshaus einen leerstehenden Ortskern, dafür aber fünf Gewerbeparks und statt Nah- und medizinischer Versorgung, grünen Flächen und Artenvielfalt zubetonierte Parkplätze gibt? Wir wollen

Lebensqualität in den Gemeinden fördern, Leerstand bekämpfen und einen Wandel der Raumordnungspolitik am Land herbeiführen.

Die Attraktivität des Landes bringt zwar Zuzug, gleichzeitig steht aber auch immer weniger Platz für diese zusätzlichen Mitbürger_innen zur Verfügung. Das heizt die Preise an. Die Landespolitik hat auf diese Herausforderungen nur zaghaft reagiert. Gleichzeitig fehlt ein strategischer Blick darauf, wohin sich das Land entwickeln soll. Gemeinden haben noch immer zu viele Anreize, einseitig tätig zu werden, ohne die Folgen für die gesamte Region zu berücksichtigen. Ohne eine ehrliche, landesweite Entwicklungsstrategie ist dieses Vorgehen zum Scheitern verurteilt.

Der Wunsch vieler Niederösterreicher_innen ist es, Eigentum zu erwerben. Die knappen Baulandressourcen machen es notwendig, sich vom politischen Schwerpunkt der letzten Jahrzehnte zu verabschieden. Es braucht eine verdichtete Bauweise und attraktive Möglichkeiten, sich abseits vom Einfamilienhaus Eigentum aufzubauen. Dafür müssen die Raumplanungspolitik und die Wohnbauförderung auf diese Prioritäten ausgerichtet werden.

Was wir wollen:

- Eine niederösterreichische Gesamtstrategie: Es braucht eine strategische, landesweite Raumplanung und ein Ende des Denkens „von Ortstafel zu Ortstafel“. Die Gemeinden müssen deshalb ihre Entwicklungspläne untereinander abstimmen und sich an übergeordnete raumplanerische Ziele des Landes halten. Kooperationen auf vielen Gebieten – vom gemeinsamen Bauhof über koordinierte Betriebsansiedlung bis zur Zusammenarbeit in der Verwaltung – führen zu mehr Effizienz, niedrigeren Kosten und klareren Strukturen. Dafür braucht es finanzielle Anreize und Sanktionsmechanismen, wie z.B. einen interkommunalen, regionalen Kommunalsteuerausgleich.
- Bodenverbrauch und Baulandhortung klug entgegnetreten - Flächen effektiver nutzen: Der Hebel liegt bei der Mobilisierung der bestehenden Baulandreserven, der Revitalisierung von unbenutztem Altbestand, einer möglichst verdichteten Bauweise vor allem im Ortskern und klaren Siedlungsgrenzen an der Peripherie. Das Land muss den Gemeinden klare Vorgaben und Möglichkeiten für eine dichtere Bauweise geben.
- Wohnbauförderung auf die Zukunft ausrichten: Bei der Wohnbauförderung müssen Verdichtung und Sanierung im Zentrum stehen. Die Sanierungsförderung muss verstärkt Anreize setzen und damit als strategisches Instrument der Raumplanungs- und Wohnungspolitik gesehen werden, nicht wie in der Vergangenheit als Konjunkturstabilisator. Ohne entsprechende bauliche Ausnutzung der Fläche dürfen keine Förderungen vergeben werden. Um die Wirkung der Wohnbauförderung zu stärken, muss auf Investitionszuschüsse anstatt auf Förderdarlehen gesetzt werden. Damit genügend Mittel zur Verfügung stehen, müssen auch Rückflüsse aus der Wohnbauförderung zweckgewidmet sein, anstatt im allgemeinen Budget zu versickern, dazu ist es erforderlich die Vergabe von Sozialwohnungen transparent an neue Herausforderungen anpassen: Es braucht klare und transparente Vorgaben und einen Fokus auf Personen mit niedrigem Einkommen, d.h. auch ein Einkommensmonitoring für bestehende Mietverträge im sozialen Wohnbau.
- Mit Mietkauf den Niederösterreicher_innen Eigentum ermöglichen: Mietkauf-Modelle im gemeinnützigen Wohnbau können einen wichtigen Beitrag zur sozialen Durchmischung leisten und mehr Niederösterreicher_innen die Möglichkeit geben, Eigentum zu erwerben. Wohnen im Eigentum ist die beste Absicherung vor Altersarmut. Die bisherigen Modelle sind aber nicht auf die Lebensrealitäten junger Menschen zugeschnitten. Ein flexibles Mietkaufmodell, in dem bisherige Zahlungen auf die größere Wohnung angerechnet werden können, wäre eine bessere Lösung. In einem ersten Schritt soll diese Option für eine neue Wohnung innerhalb der gleichen Bauvereinigung ermöglicht werden.

- Lebendige Ortskerne brauchen einen guten Branchenmix: Es gibt keine lebendigen Ortskerne ohne entsprechendes Angebot an Nahversorgung und Unterhaltung. Damit wir die Dorfplätze wiederbeleben und lokale Unternehmen vor dem Zuspinnen retten, fordern wir die Rücknahme überbordender Bürokratie, die Erleichterung der Übernahme bestehender Betriebe durch Nachfolger_innen, einen Plan für qualifizierte Zuwanderung von Fachkräften und ein Ende der Zwangsbeiträge für die Kammern.
- Speziell ausgebildete Ortszentrums-Manager_innen sollen die Belebung der Ortskerne im Land vorantreiben. Die Expertise dafür ist bei der Abteilung für Gemeindeangelegenheiten des Landes aufzubauen. Seitens des Landes werden maßgeschneiderte Angebote in den betroffenen Gemeinden angeboten.
- Immobilienbesitzer_innen ins Boot holen: Bei allen Bestrebungen zur Belebung von Ortskernen ist auf Privatbesitz entsprechend Rücksicht zu nehmen. Dabei ist es erforderlich, dass Gemeindepolitik und Immobilienbesitzer_innen ein gutes Einvernehmen pflegen. Von Anreizsystemen für Leerstandseigentümer_innen bis hin zu fairer Unterstützung bei Verkaufsvorgängen soll die Motivation Immobilieneigentum in den Dienst der Ortskernbelebung einzubringen gesteigert werden.
- Eine echte Breitband-Offensive: Ohne einen flächendeckenden Breitbandanschluss wird der ländliche Raum nicht Lebens- und Arbeitsraum bleiben können, vom Innovationsmotor ganz zu schweigen. Wir fordern daher einen schnelleren Breitbandausbau mit allen verfügbaren Technologien, vor allem in unterversorgten Regionen.
- Widmungskompetenzen weg von den Gemeinden: Bürgermeister_innen sind mit Fragen der Raumordnung weitgehend allein gelassen, häufig überfordert und mächtigen Partikularinteressen ausgeliefert. Eine derartige Verantwortlichkeit auf Gemeindeebene zu haben bedeutet aber auch, dass Freunderlwirtschaft sowie wirtschaftliche und politische Erwägungen in der Raumordnung größeres Gewicht haben als die Baukultur und der Umweltschutz selbst. Raumordnung und Flächenwidmung soll kein Wettlauf der Bürgermeister_innen um Kommunalsteuereinnahmen und Prestigeinfrastrukturprojekte sein und darf nicht als Instrument der Vermögensbildung einzelner missbraucht werden.
- Verpflichtende Dokumentation von Leerständen und Versiegelungsgrad und Schaffung einer Wohnbaudatenbank: Die Datenerfassung von Leerstand sowie Boden- und Flächennutzung soll österreichweit vereinheitlicht werden und für Forschung, Zivilgesellschaft und Öffentlichkeit einsehbar sein. Niederösterreich kann hier eine Vorreiterrolle einnehmen und bereits jetzt die entsprechenden Daten sammeln und öffentlich einsehbar machen. Die vorliegenden Daten sollen dem Landtag jährlich in Form eines Berichts vorgelegt werden. Eine Wohnbaudatenbank soll den aktuellen Bestand und im Endausbau sogar den aktuellen Bedarf an Wohnraum in der jeweiligen Region in Echtzeit abbilden. So können Gemeinnützige und Gemeinden, aber auch Private endlich wirklich bedarfsorientiert bauen und auf Basis von Fakten entscheiden, ob lieber saniert oder neu gebaut wird.
- Übergreifende Gemeindezusammenarbeit fördern: Wir wollen Gemeindeverbandskonstruktionen fördern, um Gemeinden leistungsfähig zu machen. Das trägt zu einer Qualitätssteigerung in der Verwaltung und der sozialen Infrastruktur bei. Kleine Gemeinden sollen sich zusammenschließen und gemeinsam Standesamtsverbände oder gemeinsame Wirtschaftshöfe betreiben. Dies erhöht die Professionalität und den Bürger_innenservice und ermöglicht Spezialisierung der Mitarbeiter_innen.

Partizipation

Wie es derzeit ist:

Die Landes- und Gemeindepolitik interessiert sich nur dann für die Bürger_innen, wenn sie hofft, von diesen gewählt zu werden. Dabei würden diese auch gerne darüber hinaus mitentscheiden, wie sich ihr Land und ihre Gemeinden entwickeln. Doch

Bürger_innenbeteiligung ist bisher nicht mehr als ein Marketing-Instrument, das in Sonntagsreden und auf Wahlplakaten eingesetzt wird. Noch immer behält sich die Landes- und Gemeindepolitik - insbesondere die ÖVP - vor, die wichtigen Entscheidungen allein zu treffen – oft im Hinterzimmer.

Dieser Allmachtanspruch der ÖVP zieht sich durch die gesamte Landespolitik und -verwaltung und setzt sich auf der Gemeindeebene fort. Das Amtsgeheimnis verhindert transparente Verwaltungsarbeit und damit eine effiziente, bürger_innennahe und sparsame Umsetzung politischer Entscheidungen. Die Chancen der Digitalisierung für mehr Transparenz und eine innovative Verwaltung bleiben weitgehend ungenützt.

Es entsteht der Eindruck, dass das Engagement der Bürger_innen und Transparenz geradezu gefürchtet wird. Das fördert Freunderlwirtschaft und strukturelle Korruption.

Was wir wollen:

Wir wollen mehr Teilhabe der Bürger_innen. Partizipation und Mitgestaltung führt zu größerer Identifikation mit den getroffenen Entscheidungen, zu mehr Zufriedenheit und letztlich auch zu einem neuen Verständnis von Politik. Das wichtigste Instrument dazu ist Information.

- Informationsfreiheit muss die Regel werden und Geheimhaltung die Ausnahme bleiben. Wir wollen den gläsernen Staat und nicht den/die gläserne/n Bürger_in.
- Veröffentlichung der Gemeindefinanzen: Information ist die Grundlage für Partizipation. Die Gemeindegebarung ist für einen Großteil der Bevölkerung oft nur schwer verständlich, da die Voranschläge und Rechnungsabschlüsse in der Regel mehrere hundert Seiten umfassen. Deshalb lassen mittlerweile viele Gemeinden ihre Budgets und Rechnungsabschlüsse durch www.offenerhaushalt.at leicht verständlich darstellen. Wir fordern eine verbindliche, einheitliche Veröffentlichung aller niederösterreichischen Gemeindefinanzen auf dieser Website.
- Mehr direkte Demokratie: Auf Gemeindeebene sollen bestimmte Entscheidungen durch die Gemeindebürger_innen in Abstimmungen legitimiert werden (z.B. Großinvestitionen, Entwicklungskonzepte, kommunales Raumbild). Auch bei Bürgerbeteiligungsverfahren sollen die Bürger_innen in abschließenden Abstimmungen mehr Mitspracherechte erhalten. Bürgerbeteiligungsverfahren ohne bindende Entscheidungen sind zahnlos. Durch "Speakers Corner" in den Gemeinderäten sollen Bürger_innen die Gelegenheit bekommen, ihr Anliegen den gewählten Gemeindevertreter_innen mitzuteilen.
- Gemeindepolitik partizipativer gestalten: Wir fordern mehr direkte Entscheidungsmöglichkeiten für die Bürger_innen, Engagement im Gemeinderat soll leichter werden. In Gemeinden mit bis zu 5.000 Wahlberechtigten sollen 5% der Bevölkerung die Möglichkeit haben, zu kommunalen Themen die Einsetzung eines Bürger_innenrates zu fordern, bei Gemeinden über 5.000 Einwohner_innen 2,5%. Bei Bürger_innenräten handelt es sich um zufällig ausgewählte, dem Bevölkerungsquerschnitt entsprechende Gemeindebürger_innen, die gemeinsam für die Gemeinde Vorschläge zu Sachthemen ausarbeiten
- Niederschwellige Kommunikation mit Bürger_innen (on- und offline): Die Möglichkeiten der Digitalisierung sind gerade in der Gemeindeverwaltung eine Möglichkeit, Bürger_innen die Amtswege so leicht wie möglich zu machen. Digitale Antragsstellung muss die Regel werden. Für nicht internetaffine Bürger_innen bleiben die Amtsstuben natürlich erhalten, zusätzlich sind bei Bedarf „fliegende Amtsstuben“ für dislozierte Katastralgemeinden einzurichten.

- Verpflichtende Behandlung von Gemeindeanliegen im Landtag: Die niederösterreichischen Gemeinden stellen die kleinsten, funktionalen politischen Einheiten in unserem Bundesland dar. Damit sind die Gemeinden auch der Ort, an dem Politik am direktesten bei den Bürger_innen ankommt. Wenn also niederösterreichische Gemeinden ihre Anliegen an den Landtag herantragen, kann davon ausgegangen werden, dass es sich um Themenbereiche von höchster lokaler bzw. regionaler Wichtigkeit handelt. Daher wollen wir, dass Anliegen der NÖ Gemeinden vor allem bei überregionaler Bedeutung im Landtag diskutiert werden.